

Horst Teltschik, 329 Tage

Legende: Horst Teltschik, außenpolitischer Berater Helmut Kohls, schildert seine Eindrücke über den Zusammensturz des kommunistischen Regimes in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu Beginn des Jahres 1990.

Quelle: TELTSCHIK, Horst. 329 Tage, Innenansichten der Einigung. Berlin: Siedler, 1991. 380 S. ISBN 3-88680-424-0. p. 109-110; 135-136.

Urheberrecht: (c) Teltschik Horst

URL: http://www.cvce.eu/obj/horst_teltschik_329_tage-de-417cfea8-8724-4c0d-ae83-fd0f5652780d.html

Publication date: 03/07/2015

Horst Teltschik, 329 Tage

[...]

Mittwoch, 17. Januar 1990

Die Besorgnis über die Lage in der DDR wächst. Der Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, hat heute eine düstere Perspektive für die weitere Entwicklung der DDR und der SED entworfen. Er prognostiziert, die DDR werde sich weiter destabilisieren. Der Gipfel der Unverfrorenheit ist, daß Gysi die Bundesrepublik gebeten hat, mäßigend auf die Medien einzuwirken, damit diese nicht weiterhin die Furcht der Bevölkerung vor einer wieder machtvoll werdenden SED schüren. Sonst müsse auch mit einer Massenflucht von SED-Mitgliedern und Stasi-Mitarbeitern in die Bundesrepublik gerechnet werden.

In der Morgenlage sprechen wir auch kurz über den inzwischen vorliegenden Entwurf Modrows für einen »Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland«. Unter anderem sieht er die Schaffung eines Wirtschafts- und Währungsverbundes sowie die Einrichtung einer Politischen Konsultativkommission vor. Außerdem enthält er die Absicht der DDR, der EG beizutreten. Eine Liste von Nahrungsmittel-, Konsum- und Ausrüstungsgütern ist beigefügt, die Modrow als kurzfristige »solidarische Unterstützung seitens der BRD« erwartet. Wieder geht es um den bekannten »Lastenausgleich«. Doch der Bundeskanzler bleibt dabei, es wird vor den Wahlen keine Vertragsgemeinschaft geben. Er sieht keinen Sinn mehr darin, mit Modrow und der SED-PDS irgendwelche Verträge zu schließen. Dennoch sollen mit der Regierung Modrow Gespräche beginnen, damit nicht durch eine Absage der Verhandlungen eine neue Welle von Übersiedlern ausgelöst wird. Sofern kurzfristige Leistungen erfolgen, müssen sie den Menschen unmittelbar zugute kommen.

Während eines zweistündigen Interviews des Bundeskanzlers mit Katharine Graham, der Herausgeberin von *Washington Post* und *Newsweek* berichtet sie, sie habe bei ihren Gesprächen in Ost-Berlin den Eindruck gewonnen, daß die DDR vor dem politischen und wirtschaftlichen Niedergang stehe. Sie habe Zweifel, ob die Modrow-Regierung bis zu den Wahlen im Mai an der Macht bleiben werde. Auf ihre direkte Frage, ob die Wahlen in der DDR vorgezogen werden sollten, antwortet Kohl: »Ich will nicht dafür plädieren, aber man muß es auf alle Fälle in die Überlegungen einbeziehen.« So ist er doch der erste, der den Gedanken, die Wahlen in der DDR früher als am 6. Mai durchzuführen, öffentlich äußert.

[...]

Freitag, 9. November 1990

[...]

Großes Aufsehen erregt meine Antwort auf die Frage, was eigentlich »die dramatischen Ereignisse« in der DDR seien, von denen auch Pöhl gesprochen habe. Ich nenne drei Punkte: Erstens den drastischen Verfall jeder staatlichen Autorität in der DDR; Entscheidungen der Modrow-Regierung würden immer seltener exekutiert. Zweitens den drohenden wirtschaftlichen Kollaps; es zeichne sich ab, daß die DDR in wenigen Tagen völlig zahlungsunfähig sein und erhebliche Stabilitätshilfen benötigen werde. Drittens die Übersiedlerzahlen, die im Februar erneut höher sein würden als im Januar; in der DDR-Führung gebe es Stimmen, die bereits daran zweifelten, ob die Wahlen im März noch erreicht werden könnten. Obwohl Modrow, Späth, de Maizière und Pöhl sich während der vergangenen Tage und Wochen ganz ähnlich über die Lage in der DDR geäußert haben, ist es, als ob ich in ein Wespennest gestochen hätte. Die Zusammenfassung dessen, was im Grunde alle wissen, wird zur Meldung des Tages.

[...]